

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,50 M. Für Postgebühren nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Umständen können für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,- M. jährlich Vorauszahlung, per Viertel für Deutschland und Österreich 5,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 6-8.

Die achtseitige Sonntagsausgabe über deren Name kostet 5,- M. einschließlich Zustellung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Zeile. Gebührensätze in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Betriebsleiter: Zentrum 2030, 2045, 4518 4003, 4635, 4648, 4022.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf gegen das sozialistische Groß-Berlin

Die Sabotageversuche des Bürgertums

Der Antrag der Deutschnationalen auf Außerkräftsetzung des Gesetzes über die neue Stadtgemeinde Berlin zeigt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, daß diese Herrschaften nichts anderes bezwecken, als die Vergewaltigung der großen Mehrheit der Berliner Wähler. Sie wollen sie hindern, daß der bei der Stadtverordnetenwahl zum Ausdruck gekommene Wille sich nun auch in der Zusammensetzung der Verwaltung, d. h. in den wirklich entscheidenden Stellen äußern kann. Daneben darf doch aber nicht außer Acht gelassen werden, daß es auch der Zweck dieses Antrages ist, die jetzige Regierungsmehrheit in Preußen zu stützen, um auch hier der offenen Reaktion in den Sattel zu verhilfen.

Diese letztere Absicht ist es wohl, die die Demokraten trotz ihrer gehässigen Gegnerschaft gegen die sozialistische Mehrheit in Berlin zu einiger Reserve gegenüber diesem Antrage zwingt. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt mit aller Entschiedenheit erklären zu dürfen, daß eine Zustimmung zu dem deutschnationalen Antrag für die Vertreter der deutschen demokratischen Partei unter keinen Umständen in Frage kommen kann. Das Blatt nennt ferner die Sabotageversuche der extremen Rechten „höchst ungehörig und unerfreulich“.

Die „Vossische Zeitung“ meint, es sei ausgeschlossen, daß der Antrag in dieser Form angenommen werde, lautet dagegen an, daß vom Zentrum Anträge eingebracht werden, das Gesetz in wichtigen Punkten abzuändern. Diese Anträge dürften wahrscheinlich nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ die Bestimmung enthalten, daß von den 30 Magistratsmitgliedern Berlins 12 unbefristet sein sollen und ferner die Befestigung der Bestimmung enthalten, daß die Ernennung der Bezirksbürgermeister durch den Berliner Magistrat erfolgt.

Auch der „Vorwärts“ wendet sich gegen den Antrag der Deutschnationalen, der bewiese, „wie wenig sich die Direktoren der Vergangenheit nun der neuen Zeit unterzuordnen gedenken“. Er stellt ferner in Aussicht, daß die Rechtssozialisten der Landesversammlung den Plänen der Deutschnationalen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten werden. Von der Haltung der Rechtssozialisten wird das Schicksal dieser Anträge abhängen. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben sie mit den Unabhängigen gemeinsam die Neubildung des Magistrats durchzuführen gesucht, aber in ihren eigenen Reihen sind dagegen lebhafteste Widerstände erwachsen, die durch einflußreiche Führer gestützt werden. Wir wollen hoffen, daß die Rechtssozialisten in der Stadtverordnetenversammlung stark genug sind, diese Versuche abzuwehren.

Wir bleiben sie fest, dann werden die Bürgerlichen ihre Absichten nicht durchzusetzen vermögen. Unabhängige und Rechtssozialisten zusammen haben in der Stadtverordnetenversammlung eine erhebliche Mehrheit. Es ist ein ausfallsloser Versuch, wenn die Bürgerlichen glauben, daß sie gegen diese Mehrheit herrschen können. Aber eben so unrichtig ist es anzunehmen, daß sich diese Mehrheit die Richtlinien ihres Handelns von der bürgerlichen Minorität vorschreiben ließe. Das aber ist der Zweck des Treibens, das die Bürgerlichen seit Wochen eingeleitet haben. Sie wollen ihre Nachstellungen retten, obwohl der Wille der Wähler anders entschieden hat. Die Personenfragen werden nur vorgeschoben, um den ungerechtfertigten Nachdruck zu vermeiden.

Um den Verkehrs-Stadtrat

Die Freiheit der Bürgerlichen kennt keine Grenzen. Unzählige Rundgebungen kleiner und kleiner Gruppen sind von ihnen gegen die Wahl des Genossen Löwenstein zum Stadtschulrat inszeniert worden. Von jeder einzigen dieser bedeutungslosen Rundgebungen, die die Arbeiterchaft an einem Tage durch eine gezielte Willensäußerung hätte zunichte machen können, verlangt

ten sie, daß sie von dem Wahlauschuss reflexlos beachtet werde. In dem Augenblick aber, in dem die Arbeiterchaft ihre Meinung zu irgendeinem der Kandidaten äußert, geraten diese Herrschaften in Wut und jähern über unberechtigte Einmischung.

Dieser Vorgang spielt sich jetzt ab bei der Wahl des Stadtrats für das Verkehrsweesen. Im Ausschuss ist dafür außer Prof. Giese, der Dr. Ing. Adler als Kandidat vorgeschlagen worden, ein Mann, dem glänzende Zeugnisse zur Seite stehen, und der sowohl in seinen früheren Stellungen als auch in seiner gegenwärtigen Tätigkeit als oberster technischer Leiter des Berliner Verkehrsweesens den Beweis geliefert hat, daß er zur Lösung der großen im Berliner Verkehrsweesen zu lösenden Aufgaben befähigt ist. Der verhandlungsführende Ausschuss sämtlicher Straßenbahnen Groß-Berlins, in dem nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten und Techniker ihre Vertretung haben, hat zu dieser Wahl folgende Meinungsäußerung beschlossen:

„In dem Gesundheitswärtigenausschuss für die Wahl der Stadträte wurden als Kandidat für das Verkehrsweesen Dr. Ing. Giese und Dr. Ing. Adler als Kandidaten vorgeschlagen. Dr. Giese hat während seiner Tätigkeit beim Zweckverband bisher durchaus nicht den Beweis erbracht, daß er imstande ist, große Verkehrsfragen einheitlich zu lösen, um die Verkehrsunternehmungen auf die wirtschaftliche Höhe zu bringen. Dr. Giese fehlen als Bautechniker vollkommen die zu diesem Zwecke unbedingt erforderlichen maschinentechnischen und elektrotechnischen Kenntnisse, die gerade Dr. Adler in ganz besonders hohem Maße besitzt. Dr. Adler wurde durch den Direktor Baurat Otto Ende 1915 zur Großen Berliner Straßenbahn berufen, als das Unternehmen infolge der früheren einseitigen verwaltungstechnischen Leitung vor dem Zusammenbruch stand. Es ist ihm gelungen, in kurzer Zeit durch gründliche technische Organisation, die sich nicht lediglich auf den Werkstättendienst, sondern vor allem auch auf den verkehrstechnischen Dienst bezog, dem Unternehmen wieder auf die Beine zu helfen, soweit die vorhandenen Mittel es zuließen. Dr. Adler, der in weiten elektrotechnischen und verkehrstechnischen Kreisen durch wertvolle wissenschaftliche Arbeiten und Vorträge bekannt ist, hat auch bereits früher in einer Reihe großer Unternehmungen des In- und Auslandes durchgreifend technisch verbessernd und organisierend gewirkt. Die gesamte Angestelltenchaft und Arbeiterchaft der Straßenbahnen Groß-Berlins steht geschlossen hinter Dr. Adler und würde unter keinen Umständen mit Dr. Giese als Verkehrsdezernent zusammenarbeiten.“

Wir halten diese Rundgebung der Angestellten und Techniker für taufendmal berechtigt, als die vielen Rundgebungen bedeutender Gruppen gegen Löwenstein, von denen die Öffentlichkeit bisher überhaupt nicht einmal die Namen gekannt hat. In einer Gemeinde wie Berlin, in der Wiederaufbau und die Ausgestaltung des Verkehrsweesens zu einem erheblichen Teil von einem verständnisvollen Zusammenarbeiten zwischen der Leitung und den Arbeitern und Angestellten abhängt, muß der Meinung dieser Angestellten und Arbeiter eine erhebliche Bedeutung beigemessen werden. Und wenn dann, wie in diesem Fall, die Person des Kandidaten die Gewähr für beste Durchführung der großen Aufgaben in sich trägt, so kennzeichnet sich das Verhalten der bürgerlichen Presse dagegen als eine ganz gewissenlose parteiische Stellungnahme.

Die Aussichten für die Rigaer Verhandlungen

II. Danzig, 16. September.

Der Führer der polnischen Friedensdelegation, Dombosi, erklärte dem Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“: Die bisherigen Verhandlungen mit Moskau haben keine grundsätzlichen Schwierigkeiten ergeben, so daß man hoffen kann, daß die Verhandlungen in Riga, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, einen glatten Verlauf nehmen werden. Andere polnischen Industriebezirke waren vor dem Kriege die wichtigsten Versorgungszentren des russischen Reiches, so daß zu erwarten ist, daß die wirtschaftlichen Verträge, die wir mit Rußland abschließen wollen, für uns günstig werden. Die Frage der Durchfuhr von Industriematerialien von Deutschland nach Rußland und von Rohstoffen aus Rußland nach Deutschland wird einen bedeutenden Teil der Verhandlungen einnehmen. Für die Dauer der Friedenskonferenz sind vorerst drei Wochen festgesetzt. Wir wollen mit Rußland zu einem Verständigungs-frieden kommen, durch den alle Kriege in Zukunft vermieden werden.

Polnisch-litauische Friedenskonferenz in London

II. London, 16. September.

Ritter und nahm die Einladung zur Londoner Konferenz, die sich mit dem polnisch-litauischen Grenzkonflikt befassen soll, an. Er machte jedoch zur Bedingung, daß nur dieser Konflikt auf der Tagesordnung stehen und Sowjetrußland nicht an der Konferenz teilnehmen dürfe.

Die Einkreisung Horthy-Ungarns

Aus Prag wird uns geschrieben:

Endlich hat Außenminister Benesch im ständigen Ausschuss der Nationalversammlung seinen lang erwarteten Bericht über die vertraglichen Vereinbarungen mit Rumänien und Jugoslawien erstattet. Er benützte die Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung über die Voraussetzungen und Ziele seiner Politik, die verschiedene interessante Momente enthält.

Nach einer Schilderung der allgemeinen Verhältnisse in Europa, die er als unruhig und unsicher bezeichnet, erklärt er als die logische Folge dieser allgemeinen Unsicherheit, daß namentlich die kleinen Staaten Mitteleuropas nach innen Angst haben vor der Revolution, dem Umsturz und der Anarchie, nach außen aber vor einem militärischen Konflikt mit diesem oder jenem Nachbar. Hier war es Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß diese geistige Verfassung beseitigt und innerhalb der Bevölkerung Vertrauen und Ruhe erweckt werde. Die einzige Möglichkeit hierzu bietet sich in der möglichst schnellen Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu allen Nachbarn.

Aus diesen Voraussetzungen entstand der Gedanke der Bildung der sogenannten „kleinen Entente“, die neben einer Reihe von politischen Gründen auch sehr viele wirtschaftliche Momente für sich hat, deren Erfüllung die beteiligten Länder in normalere wirtschaftliche und finanzielle, dadurch aber auch in geregelte rechtliche, politische und namentlich soziale Verhältnisse bringen wird. Die grundsätzlichen Gedanken der kleinen Entente charakterisieren sich so: 1. als Sicherung nach außen, 2. schnelle Anknüpfung intimer politischer und dadurch auch wirtschaftlicher Beziehungen, 3. Ermöglichung einer Ruhe im Innern, um so zu ungehörter Arbeit auf dem Gebiete der sozialen Reformen gelangen zu können.

Neben diesen allgemeinen Voraussetzungen dürfen aber die konkreten politischen Bedürfnisse nicht vergessen werden. Die drei beteiligten Staaten sind alle Nachbarn von Ungarn, wo heute ein Regime herrscht, das für alle eine Gefahr bedeutet. Alle drei Staaten haben deshalb ein Interesse an der genauen Einhaltung des Friedens von Trianon. Die Gefahr, die von Ungarn ausgeht, ist zwar keine allzugroße, weil es eine Bevölkerungszahl von 7 Millionen aufweist gegen 45 Millionen der drei Vertragsstaaten. Allein es müßten die Voraussetzungen geschaffen werden dafür, daß endlich eine neue Situation in unserer ganzen Umgebung eintritt. Ungarn ist ein Staat, der durch den Krieg in seiner ganzen sozialen Struktur, in seinen politischen Auffassungen, in seinen Vorstellungen über die internationale Situation die geringsten Änderungen auf der ganzen Welt überhaupt durchmachte. Die soziale Struktur Ungarns blieb nahezu dieselbe wie vor dem Kriege. Die Regierung üben im Grunde die gleichen Leute wie vor dem Kriege aus, denen auch die Verantwortung für den Krieg zufällt. Es regiert die gleiche Oligarchie wie zuvor. Es ist selber notwendig zu konstatieren, daß in Ungarn heute noch keine neue politische Generation erwacht ist, welche nach der alten Gentry die Regierungsgewalt übernehmen könnte, die neue demokratische Prinzipien in die Regierung brächte. Orientalische Vorstellungen über die politischen Methoden, romantische Auffassungen über die Möglichkeit der Beseitigung dessen, was ist, unrealen Konzeptionen über die Möglichkeit neuer politischer Konstellationen in Europa, das alles sind heute die ungarischen Regierungsmethoden.

Dazu kommt das fürchterliche soziale Problem Ungarns. Die magyrische Intelligenz, die Offiziere, ein Teil der industriellen Beamtenschaft verloren durch die Katastrophe ihres Staates völlig die Grundlagen ihrer bisherigen Existenz. Sie alle wurden zu den wütendsten Verteidigern des alten Regimes, der Reaktion, des Terrors, des Nationalismus und des ehemaligen Imperialismus, denn das alles bot ihnen die Möglichkeit zum Leben. Es ist das Problem des heutigen Ungarns, was es mit all diesen Leuten anfangen soll und sie sind die eigentliche Ursache für die unangesehene Unruhe dieses Landes.

So charakterisiert sich die „kleine Entente“ nicht nur als Verteidigerin dessen, was besteht, sie will nicht nur etwelchen magyrischen Extravaganzen vorbeugen, sondern auch Ungarn überzeugen, daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als seine ganzen Auffassungen zu ändern, ebenso wie seine soziale Struktur und seine politischen Methoden. Kommt es dazu, so sind die Nachbarn zu einem freundschaftlichem Verhältnis gerne bereit.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich Dr. Benesch mit den verschiedenen Bestrebungen nach der Rekonstruktion der alten österreichisch-ungarischen Monarchie in dieser oder jener Form, die unbedingt abgelehnt werden müsse. Die kleine Entente soll dem vorbeugen, indem sie ein ganz neues politisches und wirtschaftliches System in Mitteleuropa schafft. Uebergehend zu einer Besprechung der allgemeinen europäischen Situation, erklärt der Berichterstatter, man dürfe sich keine Illusionen machen. Die politische Lage sei eine außerordentlich schwere und es sei nicht ausgeschlossen, daß sie sich in der nächsten Zeit von Grund auf ändere. Die politische Situation Europas wird auf lange Zeit hinaus durch drei große Blöcke bestimmt: durch den Ententeblock im Westen, den deutschen

Lenins Antwort an die USP.

DA. Berlin, 15. September.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“, Mr. J. C. Segrue, hat, wie er der „Dena“ mitteilt, an Lenin die Anfrage gerichtet, welche Erwiderung die Sowjetregierung auf die von den deutschen Unabhängigen vorgebrachten Angriffe zu geben hätte, ganz besonders, soweit sie die Anklage der Hinrichtungen zahlreicher Gegner des Bolschewismus betreffen. Segrue hat heute daraufhin von Lenin folgendes Funktelegramm als Antwort erhalten:

„Ich bitte feststellen zu dürfen, daß die Attaden, die von Mitgliedern des rechten Flügels der deutschen Unabhängigen von der Art des Herrn Dittmann und gewissen Angehörigen der britischen Labour-Party gegen den Bolschewismus gerichtet werden, mich in keiner Weise in Erwahnung setzen. In der Rede, die ich auf dem letzten Moskauer Kongress der Kommunistischen Internationale hielt, wies ich nach, daß die Auffassungen und Grundzüge Dittmanns und Crispiums sich durchaus mit denen Kautskys decken. Es ist ganz natürlich, daß Kautsky wie Crispium und Dittmann mit dem Bolschewismus unzufrieden sein müssen. Es wäre in der Tat auch höchst bedauerlich, erregte der Bolschewismus die Zufriedenheit solcher Leute. Es ist nur natürlich, daß solche bourgeoisen Demokraten der vorbestimmten Art, die sich in nichts von unseren Menschewits unterscheiden, in dem Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie sehr häufig im Lager der Bourgeoisie sich finden. Die Hinrichtungen scheinen Dittmanns Empörung erregt zu haben, aber in solchen Fällen, wie er sie im Auge hat, versteht es sich von selbst, daß revolutionäre Arbeiter Menschewits nicht hinrichten, eine Tatsache, die selbstverständlich ihm nicht zuzugunsten kann. Es wäre wahrhaftig eine traurige Sache für die Dritte Internationale, wenn Leute von Dittmanns Art, ganz gleich, ob sie Deutsche, Franzosen oder Engländer sind, in ihren Reihen zugelassen würden.

Wenn, wie Sie anführen, die Berichte der britischen, französischen und deutschen Arbeiterabteilungen über Rußland der Sache des Bolschewismus mehr Abbruch getan haben als alle antibolschewistische Propaganda zusammengenommen, so nehme ich mit Freuden die logischen Folgerungen daraus hin. Ich mache hiermit ein Anerbieten an die antibolschewistische Bourgeoisie aller Länder. Laßt sie und mich dahin übereinkommen, daß Abordnungen aus allen Ländern nach Rußland geschickt werden, die sich aus Arbeitern, Kleinbauern und solchen Personen zusammensetzen, deren Arbeit dem Kapital einen Profit schafft! Laßt diese Delegationen einen Monat oder zwei in Rußland bleiben! Wenn die Berichte dieser Abordnungen der Sache der antibolschewistischen Propaganda förderlich sind, so kann die internationale Bourgeoisie die dadurch entstehenden Unkosten gut und gern tragen. Jedoch, trotz des Umstandes, daß wir in Rußland arm und schwach sind, die Bourgeoisie aller Länder dagegen reich und stark, finde ich mich bereit, auf die Sowjetregierung hinzuwirken, daß sie dreiviertel der Ausgaben für die erwähnten Abordnungen auf ihre Schultern nimmt und es den internationalen Missionären überläßt, nur ein Viertel der Unkosten zu bestreiten.“

Die Antwort, die Lenin auf die Anfrage des englischen Korrespondenten erteilt, befremdet durch die Dürftigkeit ihrer Argumente. Lenin geht von der Voraussetzung aus, daß die Genossen Dittmann, Crispium usw. „Attaden gegen den Bolschewismus geritten“ hätten. Das ist keineswegs der Fall. Die genannten Genossen haben es lediglich als ihre Pflicht betrachtet, die Verhältnisse in Rußland, nach persönlicher Kenntnisnahme, so darzustellen, wie sie sind, ohne in jene Voreingenommenheit oder Schönfärberei zu verfallen, die in Westeuropa und namentlich in Deutschland so viele falsche Vorstellungen über Rußland erweckt haben. Sie haben hierbei gegenüber den russischen Genossen jene Zurückhaltung geübt, die man einer kämpfenden proletarischen Partei schuldet, die man aber vergeblich in der Stellungnahme der russischen Kommunisten gegen unsere Partei suchen würde. Und sie haben ferner stets auf die Eigenart der russischen Verhältnisse und auf die durch äußere und inneren Krieg hervorgerufene Zwangslage der russischen Kommunisten hingewiesen.

Es ist nun besonders interessant, daß Lenin die über Sowjetrußland vorgebrachten Tatsachen in keiner Weise bestrittet. Wenn Lenin statt sachlicher Argumente Crispium und Dittmann als „bourgeoisie Demokraten“ beschimpft, so ist das gegenüber Genossen, die seit Jahrzehnten auf exponierten Posten der deutschen Arbeiterbewegung die Grundzüge des revolutionären Sozialismus vertreten haben, wirklich sehr abgeschmackt.

Urwahl der Delegierten zum Parteitag in Teltow-Beeskow

Die am 14. d. M. tagende Vorstände-Konferenz des Bezirks Teltow-Beeskow beschäftigte sich mit dem bevorstehenden Parteitag und beschloß einstimmig, die Delegierten zum Parteitag in Halle durch Urwahl wählen zu lassen. In der Diskussion wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß es besonders im Hinblick auf die zur Entscheidung stehende Frage, Annahme oder Ablehnung der Moskauer Bedingungen, darauf ankomme, eine einwandfreie Willensklärung zu erreichen, die die Delegierten zum Ausdruck zu bringen. Es schon bei der Wahl der Delegierten der Mitgliedschaften in mehr oder weniger gut besuchten Mitgliedern und Bezirksgeneralversammlungen nicht so in Erscheinung treten, wie es im Interesse der Klärung notwendig erscheint. Sicher ist darauf zu rechnen, daß die Beteiligung an einer Urabstimmung eine bedeutend größere und von äußeren Einflüssen und Stimmungen weniger beeinflusste sein wird.

Weiter wurde beschlossen, die Urwahl am Sonnabend, den 9. Oktober von 8 bis 9 Uhr nachm. und am Sonntag, den 10. Oktober von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags stattfinden zu lassen. Kleineren Ortsgruppen ist es gestattet, durch Beschluß einer Mitgliederversammlung die Wahlzeit zu verkürzen. Die Festlegung der Stimmbezirke bleibt den Ortsvereinen überlassen, jedoch muß Gewähr geschaffen werden, daß jedes Mitglied wählen kann, wenn irgend möglich, aus den Angehörigen beider Richtungen zusammengesetzt werden soll. Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen Obmann und regelt die Verteilung der Funktionen. Er ist voll und ganz für einwandfreie Durchführung der Wahlhandlung verantwortlich. Im Wahllokal muß jeder Wähler, der sich als solcher durch Mitgliedskarte oder Buch auszuweisen hat, in eine Liste eingetragen werden. Wahlberechtigt ist, wer bis Juni 1920 einjährig seine Beiträge bezahlt hat, wählen kann jeder nur in dem Bezirk, in dem er eingeschrieben ist. Jedes Mitgliedsbuch muß mit dem Bemerkt „Gewählt“ versehen werden. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Wahlrecht. Nach Beendigung der Wahlhandlung sind die Wahlergebnisse schriftlich niederzulegen und vom gesamten Wahlvorstand zu unterschreiben. Die Resultate sind unverzüglich mit den gefährdeten Listen seitens der örtlichen Leitungen zu sammeln und dem Bezirksbüro bis spätestens Montag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr zu überreichen.

Die Auffstellung der Kandidaten geschieht in den einzelnen Ortsgruppen. Es wurde dringend befohlen, in den Orten sich auf eine möglichst geringe Anzahl Vorschläge zu beschränken, um die Liste nicht gar zu groß werden zu lassen. Als Delegierter zum Parteitag kann nur aufgestellt werden, wer mindestens 5 Jahre in der Arbeiterbewegung politisch organisiert oder, wenn das wegen seiner Jugend nicht möglich war, mindestens seit der Gothaer Konferenz Mitglied der U. S. P. ist.

Die in den Ortsvereinen vorgeschlagenen Kandidaten sind dem Bezirksbüro schriftlich bis spätestens den 30. September einzureichen, mit dem Hinzufügen, ob der Betreffende für oder gegen die Moskauer Bedingungen und wie lange er politisch organisiert ist. Die eingelaufenen Vorschläge werden vom Bezirksbüro zusammengestellt und einer Bezirksgeneralversammlung vorgelegt, die am Sonntag, den 3. Oktober stattfindet. Diese Bezirksgeneralversammlung, die zu den Moskauer Bedingungen sich äußern wird und über etwaige Anträge und Resolutionen der Ortsvereine zu beschließen hat, soll auch die eingegangenen Kandidaten-Vorschläge sichten und zwei Listen aufstellen, eine für, eine gegen die Aufnahmebedingungen. Auf Grund dieser, von der Bezirksgeneralversammlung endgültig festgelegten Listen werden am 9. und 10. Oktober die Delegierten zum Parteitag nach dem Verhältniswahlsystem gewählt. Dadurch besteht die Gewähr, daß jede Richtung ihrem Stärkeverhältnis entsprechend Mandate erhält. Es wurde in der Aussprache darauf hingewiesen, daß in allen anderen Bezirken auch nach diesem Schema die Wahlen vorgenommen werden müßten, um ein möglichst klares Bild über die Stellungnahme aller Mitgliedschaften schon auf dem Parteitag zu erhalten. Das Zentralkomitee wurde ersucht, in diesem Sinne an die Bezirke heranzutreten.

Es wurde festgelegt, alle Mitglieder des Bezirks durch das Bezirksbüro auf steuernde Handzettel auf die Urwahl hinzuweisen, unter näherer Bezeichnung des in Betracht kommenden Wahllokals und der Wahlzeit. Die erforderlichen Stimmzettel werden rechtzeitig vom Bezirksbüro an die Ortsvereine ausgegeben werden. Den örtlichen Organisationen wurde aufgetragen, umgehend die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Die Anzahl der Delegierten zur Bezirksgeneralversammlung bleibt dieselbe, wie bisher: auf jedes angefangene 500 der Mitglieder ein Delegierter.

Aus den Berliner Parteioptionen Generalversammlung 4. Distrikt

Die starkbesuchte Generalversammlung des vierten Distrikts nahm am 14. September Stellung zur Frage der dritten Internationale. Auf Antrag der politischen Kommission war zu der Versammlung kein Referent zugelassen. Nach lebhafter Diskussion bei beschränkter Redezeit ging der Versammlung die folgende Resolution zu:

Die Generalversammlung des vierten Distrikts erklärt sich nach ausgiebiger Diskussion für den Anschluß an die dritte Internationale, denn jeder wahrhaft revolutionäre Genosse und die von solchen zusammengesetzte Partei, welche eine Diktatur als im gegenwärtigen proletarischen Klassenkampf als notwendig anerkannt und für geboten hält, muß die in den 21 Punkten festgelegten Bedingungen als Richtung angehend ebenfalls anerkennen. Jede weitere reformistische Tätigkeit innerhalb der Partei wirkt lähmend auf die Aktionskraft innerhalb der U. S. P. D., darum unbedingten Anschluß an die dritte Internationale.

Die Resolution wurde unter lautem Beifall mit über zwei Drittel Majorität angenommen. Außerdem ein Antrag, der fordert, daß die Delegierten zum Parteitag wie beim letzten Male durch die Distrikte und nicht durch die Verbandsgeneralversammlung gewählt werden.

Stellungnahme des 5. Distrikts

Der 5. Distrikt nahm am Mittwoch in einer sehr gut besuchten Versammlung Stellung zu dem Anschluß an die dritte Internationale. Nach dem Referat der Genossen Herz, das die Zustimmung der großen Mehrheit der Versammlung fand und dem Referat des Genossen Weyer, wurde beschlossen, die Diskussion in der nächsten Woche fortzusetzen.

Generalversammlung der USP. Pankow

Die von etwa 700 Parteimitgliedern besuchte Generalversammlung der U. S. P. D. in Pankow nahm nach einem eingehenden Referat des Genossen Eichhorn und dem Referat des Genossen Richter, nachdem in ausgiebiger Diskussion dafür und dagegen gesprochen wurde, folgende Resolution mit überwältigender Mehrheit gegen vereinzelte Stimmen an:

„Die am 15. September tagende Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin-Pankow erklärt sich mit den Moskauer Bedingungen durchaus einverstanden. Sie erkennt in ihren Grundzügen und in dem Anschluß an die dritte Internationale die notwendige Voraussetzung, gemeinsam mit Sowjetrußland in Deutschland und in allen Ländern die Weltrevolution siegreich weiterzutreiben.“

Denkschrift über die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland

Dem Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: In der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages am 9. d. M. hat der Reichsarbeitsminister eine Denkschrift des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung über die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland überreicht. Die Denkschrift behandelt in zusammenfassender Darstellung den Umfang der Erwerbslosigkeit, welche mit einer Unterstützung aus öffentlichen Mitteln verbunden ist, sowie den weit größeren Umfang der Arbeitslosigkeit überhaupt. Sodann werden die Gründe für das Ueberangebot an Arbeitskräften auf zahlenmäßigen Unterlagen erörtert. Ferner wird auf den Rückgang der Arbeitsgelegenheit in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr hingewiesen und die erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in Landwirtschaft und Bergbau, trotz der zu überwindenden Schwierigkeiten hervorgehoben. Endlich gibt die Denkschrift Aufschluß über die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge und ihre Grenzen.

Bei dem Interesse, das die Denkschrift in weiten Kreisen findet, ist die große Zahl der Abdrücke bereits vergriffen. Die Denkschrift wird jedoch in der Oktober-Ausgabe des Reichsarbeitsblattes, welches nunmehr als Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung in völliger Umgestaltung erscheinen wird, zum Abdruck gelangen. Bestellungen sind an den Verlag Reimar Hobbing, Wilhelmstr. 30-32, zu richten.

Wir haben die wesentlichen Angaben dieser Denkschrift über den Umfang der Arbeitslosigkeit bereits in unserem Artikel vom 9. September wiedergegeben. Allen mit der Erwerbslosenfrage beschäftigten Genossen können wir das Studium der Denkschrift nur empfehlen, da sie wertvolle Angaben enthält.

Der Hamburger Hafenarbeiterkonflikt

Die „Telegraphen-Union“ meldet aus Hamburg: Die in der Obmannerversammlung beschlossene Urabstimmung hat am gestrigen Mittwochabend in 12 Lokalen stattgefunden. Es haben insgesamt 7133 Hafenarbeiter ihre Stimme abgegeben. Dafür waren für die Annahme des Berliner Schiedsspruches und gegen den Streik 4700 Stimmen. Für die Ablehnung des Schiedsspruches und für den Streik wurden 2359 Stimmen abgegeben. Damit ist der Schiedsspruch, der eine Erhöhung der Teuerungszulage um drei Mark vorschlägt, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die Wiederaufnahme der Arbeit im Hamburger Hafen soll am heutigen Donnerstag erfolgen.

Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes

Dresden, 14. September.

Der Rest der Montagssitzung wird angefüllt mit dem letzten Teil des Geschäftsberichtes des Vorsitzenden Scheffel. Er behandelt ansäglich die Tätigkeit des Verbandsvorstandes bei der Befolgung des Beschlusses und der damit in Zusammenhang stehenden Regelung der Einkommensverhältnisse der Diakone. Durch unseren Einfluß wurde die Einteilung der Beamten in untere, mittlere und obere Beamte befristet. Redner behandelt weiter die Beschmelzungsfrage mit den gegnerischen Organisationen. Der Zusammenschluß mit dem Deutschen Verkehrspersonal-Verband brachte der Organisation 110 000 neue Mitglieder. Die Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsverband Deutscher Staatsbahnen, Arbeiter-, Fach- und Spezialverbände haben leider kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Die in betracht kommenden Verbände mit ungefähr 28 000 Mitgliedern verlangen eine Selbständigkeit innerhalb der Gewerkschaftsorganisation, die wir aus gewerkschaftlichen Gründen nicht zugeben können. Wir wissen aber heute, was wir von den Lohngewerkschaften zu halten haben und werden uns dementsprechend einrichten. Die Entwidlung des Verbandes wird dadurch jedenfalls nicht aufgehalten werden.

In seinen Schlussausführungen beipricht der Berichterstatter die Daltung des Verbandsvorstandes zu den Gruppen- und Migrationsfragen und zu der Frage der internationalen Eisenbahnerbewegung. In dem Grenzstreifen hebt er hervor, daß solche Vorschläge mit den Holzarbeitern, Metallarbeitern und Transportarbeitern. Mit den letzteren besteht Aussicht, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. In der Errichtung und Finanzierung von Fachschulen für Eisenbahner hat sich der Verband ebenfalls beteiligt. Scheffel schließt seinen Bericht mit dem Hinweis, daß der Verband kein Instrument in den Händen der Drahtzieher der Kommunisten werden darf.

Aus dem Bericht, den der Hauptkassierer Dräger erstattet, ist hervorzuhellen, daß die Finanzen des Verbandes gute sind. Die Einnahmen betragen im Jahre 1919 fast 9 Millionen Mark, die Ausgaben rund 4 Millionen. Das Vermögen befreit sich auf 8 1/2 Millionen Mark.

Der Pressebericht erstattet der Redakteur Rohrer; er betont, daß die Reduktion es bisher abgesehen hat, das Gewerkschaftsblatt zum Zummelpunkt politischer Redensarten zu machen. Die Anträge, die sich mit der Schwere des „Deutschen Eisenbahner“ befassen, und eine schärfere Hervorhebung des Klassenkampfes und eine revolutionäre nach links gerichtete Orientierung verlangen, werden kaum Berücksichtigung finden können. Das Schicksal des radikalsten Verächter des Rätegedankens, Richard Müller, zeigt, daß auch ein sehr radikal gestimmter Redakteur es den Ueberabstimmungen nicht recht machen kann. Die Redaktion hat den gestellten Anforderungen entsprochen, indem sie ihre Aufgabe erhellte, in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Verwaltungsgeschäfte im Sinne der Durchführung der in den Verbandssatzungen festgelegten Ziele, in der Auffklärung der Mitglieder, ihrer Bildung und Erziehung, in der Abwehr gegnerischer Angriffe und in der Information der Mitglieder durch den Vorstand.

Die Revisionskommission erklärt durch den Berichterstatter Heinrich Garburg, daß die Prüfung der Revisionsverhältnisse penible Ordnung ergeben habe.

Der Erfurter Zwischenfall

Dresden, 14. September.

Es ist folgendes Telegramm aus Erfurt eingegangen: „Kühn verhaftet, Demonstration vor Amtsgericht stattgefunden, ohne Erfolg. Weitere Aktionen sind zu erwarten. Verbandsrat muß Stellung nehmen. Vobring, Koehring.“

Der Vorsitzende teilt mit, daß eine Delegation aus Erfurt eingetroffen ist, die dem Verbandstag Material vorzulegen hat. Es wird beschlossen, zur Prüfung der Verhältnisse eine Kommission zu wählen, der die Erfurter ihr Material vortragen sollen.

Sodann wird eine Resolution vorgelegt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die außerordentliche Generalversammlung des D. E. V. verurteilt auf das Entschiedenste die Entlassung der Kollegen in Erfurt und die etwa noch zu erwartenden Entlassungen in anderen Orten von Kollegen, die nur im Sinne des internationalen Gewerkschaftsbeschlusses, hinsichtlich der Kontrolle der Transporte, gehandelt haben.“

Kommi die neutralitätsbrüchige Regierung der Forderung nicht nach, so werden die Eisenbahner ihre Solidarität mit den Entlassenen durch alle zweckmäßigen Mittel zum Ausdruck bringen und den Kampf, der ihnen vom Minister durch seine Haltung aufgezwungen wurde, aufnehmen.“

Zur Kontrolle der Bahnen

Die Generalversammlung des D. E. V. beauftragt die Kontrollkommissionen, daß sie die Ueberwachung des Verkehrs nach wie vor nach den Richtlinien des internationalen Gewerkschaftsbundes vornehmen, daß sie Richtlinien der Reichsregierung nur soweit anerkennen, soweit sie sich mit früheren Richtlinien decken.“

Zur Sichtung der kritischen Fragen zieht sich die Kommission zurück und es wird einstweilen das

Korreferat

von Silber-Eberfeld entgegengenommen. Der Redner erörtert zunächst die Lohnpolitik des Verbandes, die den Interessen der Eisenbahner nicht allenfalls entsprechen hat. Selbstverständlich zehren die Bürgerlichen über den großen Defizit der Eisenbahnen, doch sei es grundsätzlich, darauf Rücksicht zu nehmen. Denn für das Defizit der Bahnen sind andere Ursachen maßgebend als die angebliche Begehrtheit der Arbeiter. Man wende sich an die Kriegsanleiher und die Requisitionsgewinner. Das Existenzminimum der Eisenbahner ist in keiner Weise gewährleistet. Der Beschleppungspolitik der Regierung ist wieder Rechnung getragen worden. Auch in bezug auf die Entlassungen bei den Werkstättenabteilungen müsse eine durchaus reaktionäre Politik der bürgerlichen Parteien und der Regierung festgesetzt werden. Zwar werde immer gesagt, es solle keine Politik getrieben werden, doch wenn man sehe, daß in großen Werkstätten aus durchsichtigen Gründen bis zu 97 Prozent der Entlassenen U. S. P.-Leute waren, dann weiß man, wo und wie Politik getrieben wird. Angesichts der Mißstände und der ungeheuren Notlage der Eisenbahner verurteilt es Redner, daß gegen Mitglieder vorgegangen worden ist, die sich einmal nicht genau an die Beschlüsse gehalten haben. Wenn es sie und da zu Einzelaktionen gekommen ist, so war das verständlich. Man müsse die Verantwortlichkeit des Gewerkschaftsleitenden sehen; den Umstand, daß dabei nicht die Tätigkeit der Arbeiter maßgebend ist, sondern Kräherei und Protektion, wenn etwas verdient werden soll, um die Erzeugung weiter Eisenbahnerkreise zu begreifen. Man müsse bedenken, daß ein Teil Werkstätten geschlossen worden sind, obwohl Arbeit genug vorhanden war. Man hat überdes zur selben Zeit die Arbeit an die Privatindustrie vergeben. Große Summen sind ausgegeben worden, aber die geklebten Artikel waren zum guten Teil nicht brauchbar. Kein Wunder! Sind doch die meisten Regierungsräte bei der Eisenbahn in der Privatindustrie als Aktionäre materiell interessiert.

Redner tritt für die Einheit der Organisation ein und kann es nicht billigen, daß durch Einzelaktionen die Arbeiten von Lohnkommissionen geführt werden. Warum sind aber die Kollegen mit dem Reichslohntarif nicht zufrieden? Weil er, abgesehen davon, daß der Lohn überhaupt zu niedrig festgesetzt ist, eine ungerechte Gruppeneinteilung enthält und auch für die Kollegen der besetzten Gebiete große Ungerechtigkeiten enthält. Die letzte Teilung nach Wirtschaftsklassen bedürfe ebenfalls der Kritik.

Die Arbeiten der Gewerkschaft, so führt Redner zum Schluß aus, dürfen das Tempo der Güterzüge, wie bisher, beibehalten, auch Schnellzugspolitik werde nicht förderlich sein, aber der Mittelweg müsse gewählt werden. Kritik sei nötig, gerade um auch den letzten Eisenbahner dem Verband zuzuführen (Stürmischer Beifall.)

